

STREIT&STRUNTZ

RAUM FÜR DENKANSTÖSSE ZU KOMMUNALEN KONFLIKTEN

AUSGABE NR. 47, APRIL 2025

Die Energiewende gemeinsam planen – Beteiligung im digitalen Zeitalter

Liebe*r Leser*in von Streit&Struntz,

Die Energiewende bedeutet nicht nur eine Transformation des Energiesektors. Durch sie verändern sich auch Ort- und Landschaften. Aushandlungen darüber, wie diese Veränderungen konkret aussehen sollen – wo zum Beispiel Windkraft- oder Photovoltaikanlagen gebaut werden – sind oft komplex und konfliktrichtig. Aber was sind die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen dieser Aushandlungsprozesse? Und wie kann Beteiligung hier zeitgemäß genutzt werden? Um diese Fragen geht es in der April-Ausgabe von Streit&Struntz.

Den Impulstext zur Ausgabe hat Robin Denz, wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Deutsch-Französischen Zukunftswerk, geschrieben und dabei Analysen und Erkenntnisse aus Deutschland und Frankreich einfließen lassen. Während der digitalen Veranstaltung am 28.04.2025 von 16:00 bis 17:00 Uhr wird er seine Ausführungen in einem kurzen Input vertiefen. Außerdem wird Karol Sabo, Konfliktberater am K3B, diese aus der Perspektive der Kommunalen Konfliktberatung einordnen.

Der rasche Ausbau erneuerbarer Energien (EE) bringt auf lokaler Ebene Konfliktpotenziale mit sich. Ein dezentral organisiertes Energiesystem mit zahlreichen Anlagen wird zunehmend Teil unseres Alltags und prägt viele Kulturlandschaften. Besonders bei großen Infrastrukturprojekten wie Wind- oder Solarparks entstehen Widerstände, wenn Anwohner*innen sich übergangen und unzureichend eingebunden fühlen.

Damit die Energiewende zügig gelingt, muss sie gemeinsam mit den Menschen gestaltet werden – nicht gegen ihren Willen. Diese Floskel stimmt natürlich. Doch wie lässt sich dieser Anspruch konkret umsetzen? Im Deutsch-Französischen Zukunftswerk

haben wir zusammen mit Expert*innen und Praktiker*innen aus beiden Ländern kommunale Praxis untersucht und Handlungsempfehlungen entwickelt.¹ Dabei haben wir auch einfließen lassen, was beide Länder voneinander lernen können.

Deutschland top-down, Frankreich bottom-up

2023 haben Deutschland und Frankreich zeitgleich neue Regelungen für einen beschleunigten Ausbau erneuerbarer

[1] Weitere Informationen dazu finden Sie unter <https://df-zukunftswerk.eu/verlaesslich-und-dynamisch-starke-instrumente-fuer-die-energie-und-waermewende-vor-ort>.

Energien verabschiedet – mit höchst unterschiedlichen Ansätzen.

Mit dem Gesetz zur Beschleunigung der Erzeugung erneuerbarer Energien (Loi APER) möchte Frankreich seinen bisherigen Rückstand bei den Ausbauzielen aufholen. Dabei nimmt die Regierung Kommunen in die Verantwortung und erweitert ihre Spielräume. Jede Gemeinde muss unter öffentlicher Beteiligung sogenannte zones d'accélération (Beschleunigungszonen) ausweisen, d.h. entscheiden, welche Flächen sie für den Ausbau erneuerbarer Energien bereitstellt und in welchem Umfang. Diese Zonen müssen in einem aufwändigen Bottom-up-Verfahren mit den regionalen Leistungszielen abgestimmt werden. Reichen die ausgewiesenen Flächen nicht aus oder ändern sich die nationalen Ziele, muss das gesamte Verfahren erneut durchlaufen werden. Ob dieser Ansatz den Ausbau tatsächlich beschleunigt, wird von Expert*innen bezweifelt, zumal es insbesondere kleineren Kommunen an Fachpersonal und Ressourcen fehlt, um das Ausweisungsverfahren unter Berücksichtigung der Beteiligungsvorgaben sach- und fristgerecht umzusetzen.²

Deutschland hingegen verfolgt mit dem Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) einen weitgehend top-down-geprägten Ansatz. Das Gesetz legt ein verbindliches Zwei-Prozent-Flächenziel für die Nutzung der Windenergie fest. Abhängig von Windpotenzial und Bevölkerungsdichte bedeutet das für die Bundesländer einen verbindlichen Flächenbeitragswert zwischen 0,5 und 2,2 Prozent ihrer Landesfläche. Die Ausweisung geeigneter Gebiete erfolgt in der Regel auf der Ebene der Regionalplanung. Kommunen haben kaum Einfluss, es sei denn, die Länder übertragen ihnen durch kommunale Teilflächenziele eine direkte Verantwortung.³ Die

Mitsprachemöglichkeiten der Kommunen und der Menschen vor Ort sind somit eingeschränkt. In Sachen Beschleunigungspotenzial könnte ein solches Modell für Frankreich durchaus als Vorbild dienen. Gleichzeitig mahnt die Expertin Christina von Haaren vom Institut für Umweltplanung der Leibniz-Universität Hannover:

„Mit dem WindBG wird zwar endlich Tempo gemacht, gleichzeitig werden damit aber de facto sämtliche Beteiligungsmöglichkeiten auf lokaler Ebene außer Kraft gesetzt. Es gibt derzeit kaum Mitsprachemöglichkeiten wohin oder wieviel Wind implementiert werden muss. Das erscheint mir akzeptanz- und sogar demokratiegefährdend.“⁴

In diesem Kontext sieht der Think-Tank Agora Energiewende zwei zentrale Aufgaben

[2] Doreau, Auréline/Le Souder, Léa/Tardieu, Charlotte (2024): Comprendre la loi relative à l'accélération de la production d'énergies renouvelables. CLER – Réseau pour la transition énergétique. <https://cler.org/wp-content/uploads/2024/07/comprendre-loi-dacceleration-energies-renouvelables.pdf> (28.03.2025), S.6.

[3] Fachagentur Wind und Solar (2023): Windenergieplanung auf kommunaler Ebene. Was bedeutet die neue Gesetzgebung zur Ausweisung von Windenergiegebieten für Kommunen? https://www.fachagentur-wind-solar.de/fileadmin/Veroeffentlichungen/Wind/Planung/FA_Wind_Hintergrundpapier_Planung_auf_kommunaler_Ebene_2023-05.pdf (01.04.2025), S.8-9.

[4] Denz, Robin (2025): „Wir wollen Karten sehen!“. Interview mit Prof. Dr. Christina von Haaren. Deutsch-Französisches Zukunftswerk. <https://df-zukunftswerk.eu/aktuelles/wir-wollen-karten-sehen> (28.03.2025).

für die Politik: Einerseits müssen die Rahmenbedingungen top-down, klar und verbindlich gestaltet werden, um ausreichend Flächen bereitzustellen und die Ausbauziele zu erreichen. Andererseits muss sichergestellt werden, dass die Menschen vor Ort angemessen einbezogen werden – ein stärkerer Fokus auf Bottom-up-Prozesse ist essenziell.⁵ Der Vergleich zwischen Deutschland und Frankreich zeigt, dass das eine Gratwanderung ist.

Streit&Struntz – Raum für Denkanstöße zu kommunalen Konflikten...

... gibt einmal im Monat einen Anstoß für neues Denken zu Konflikten im kommunalen Raum: Mit einem schriftlichen Impuls meist am Anfang des Monats und an einem der folgenden Montage (16.00-17.00 Uhr) in einer Online-Diskussion, mit der das Thema vertieft wird.

Das K3B - Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des VFB Salzwedel e.V. schafft damit ein Dialogformat für den Austausch zwischen der Praxis der Konfliktbearbeitung, Konfliktberatung und Wissenschaft.

Konfliktpotenzial auf kommunaler Ebene

Die Erkenntnis, dass breite gesellschaftliche Unterstützung für den Ausbau der erneuerbaren Energien nicht automatisch Zustimmung zu konkreten Projekten vor Ort bedeutet, ist nicht neu.⁶ So stellt auch das Forschungsvorhaben „Regionale Wertschöpfung. Akzeptanz. Beteiligung.“ (ReWA) fest, dass trotz einer hohen Zustimmung von 86 Prozent der Bevölkerung in Deutschland im Jahr 2022 die lokale Umsetzung – insbesondere bei Windenergieprojekten – häufig durch Bürgerinitiativen, Klagen und verzögerte

Genehmigungsprozesse verlangsamt werden.⁷ Bürger*innen sorgen sich um Natur- und Umweltschutz, wollen das Landschaftsbild wahren und fühlen sich in ihren lokalen Interessen aufgrund mangelnder Transparenz übergangen.

Agora Energiewende fordert daher in ihren „Handlungsempfehlungen für eine umfassende Akzeptanzpolitik“ einen ganzheitlichen Instrumentenmix und eine

„wirtschaftliche und soziale Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern sowie von Kommunen in Projekte der Energiewende, Transparenz in Entscheidungs- und Genehmigungsprozessen und eine von den Anwohnern als fair empfundene Flächenbereitstellung“.⁸

[5] Local Energy Consulting (2020): Akzeptanz und lokale Teilhabe in der Energiewende. Handlungsempfehlungen für eine umfassende Akzeptanzpolitik. Impuls im Auftrag von Agora Energiewende. https://www.agora-energie.de/fileadmin/Projekte/2020/20_07_EE-Akzeptanz/182_A-EW_Akzeptanz-Energiewende_WEB.pdf (28.03.2025), S.44-45.

[6] Wüstenhagen, Rolf/Wolsink, Marten/Bürer, Marry Jean (2007): Social acceptance of renewable energy innovation: An introduction to the concept. Energy Policy 35(5), S. 2683-2691. <https://doi.org/10.1016/j.enpol.2006.12.001>

[7] Hildebrand, Jan/Jahnel, Valentin/Rau, Irina/Salecki, Steven (2023): Die Energiewende in Kommunen: Zusammenhänge von regionaler Wertschöpfung, lokaler Akzeptanz und finanzieller Beteiligung. Renew's Spezial Nr. 92. Agentur für Erneuerbare Energien e.V. https://www.unendlich-viel-energie.de/media/file/5141.AEE_Renews_Spezial_92_ReWA.pdf (28.03.2025), S.6.

[8] Local Energy Consulting (2020): Ebd., S.3.

Kurz: Es braucht den Dreiklang aus mitbestimmen, mitverdienen und mitmachen.

Mitbestimmen, mitverdienen, mitmachen

Damit die Energiewende nicht nur abstrakt unterstützt, sondern aktiv mitgestaltet werden kann, braucht es mehr niedrigschwellige Beteiligungsmöglichkeiten (mitmachen). Ein Ansatz, bei dem Deutschland hinterherhinkt, ist das Energy Sharing, also die gemeinschaftliche Erzeugung und Nutzung von Strom aus EE über das öffentliche Netz zu günstigen und stabilen Preisen. Hier könnte man sich – man glaubt es kaum – vom Energiewende-Schusslicht Frankreich eine Scheibe abschneiden.⁹ Im Sommer 2024 legte das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz zwar einen ersten Gesetzesentwurf zum Energy Sharing vor, mit dem Bruch der Ampel-Koalition ist dieser jedoch auf der Strecke geblieben. Die Novelle des Energiewirtschaftsgesetz wurde Anfang 2025 ohne Energy Sharing veröffentlicht. Ein klarer Rechtsrahmen fehlt also weiterhin, während sich die Zahl der Energy-Sharing-Projekte in Frankreich jährlich verdoppelt.

Regionale Wertschöpfung und finanzielle Beteiligungsmöglichkeiten (mitverdienen) spielen eine entscheidende Rolle für die lokale Akzeptanz von EE-Projekten – das belegen die Ergebnisse des ReWa-Projekts.¹⁰ Ein gelungenes Praxisbeispiel dafür ist der Windpark Hoort.¹¹ Um solche Modelle in die Breite zu tragen, haben zahlreiche Bundesländer Beteiligungsgesetze auf den Weg gebracht.¹²

Damit jedoch nicht der Eindruck entsteht, Zustimmung werde erkaufte, braucht es mehr als finanzielle Anreize – es bedarf einer Stärkung des Mitbestimmens. Eine Beteiligungspolitik, die sich auf

Einzelmaßnahmen beschränkt, greift zu kurz. Wie die Agora Energiewende betont, wird das Potenzial informeller Beteiligungsformate vor Ort bislang nicht voll ausgeschöpft. Diese könnten neue Chancen bieten, da sie stärker auf Dialog setzen, weniger formalisiert sind und an lokale Gegebenheiten flexibler angepasst werden können.¹³ Das erscheint angesichts der Tatsache, dass sich der Widerstand weniger gegen Wirtschaftsakteure, sondern vielmehr gegen staatliche Akteure vor Ort wendet, umso sinnvoller. Verwaltungen, Bürgermeister*innen und andere gewählte Vertreter*innen stehen als Genehmigungsbehörden oft im Zentrum der Konflikte mit der Zivilgesellschaft.¹⁴

Transparente Planung per Touchscreen

In einem Workshop des Deutsch-

[9] Denz, Robin (2024): Factsheet: Energy Sharing im deutsch-französischen Vergleich. Deutsch-Französisches Zukunftswerk. https://df-zukunftswerk.eu/sites/default/files/medias/file/2025/02/DE_Factsheet%20Energy%20Sharing.pdf (28.03.2025).

[10] Hildebrand/Jahnel/Rau/Salecki (2023): Ebd., S.35.

[11] Luh, Victoria/Siebert, Johanna (2024): Unsere Energiewende? Wie Beteiligung vor Ort die Transformation gestaltbar macht. Das Progressive Zentrum. https://www.progressives-zentrum.org/wp-content/uploads/2024/05/DPZ_Unsere_Energiewende_Final_Einzelseiten.pdf (28.03.2025), S. 15-21.

[12] Bundesverband WindEnergie e.V. (2024): Finanzielle Beteiligung von Anwohner*innen und Gemeinden. <https://www.windenergie.de/themen/mensch-und-umwelt/beteiligung/> (28.03.2025).

[13] Local Energy Consulting (2020): Ebd., S. 31.

Französischen Zukunftswerks kam die Frage auf, warum es im digitalen Zeitalter noch keine besseren Tools gibt, um Bürger*innen in die Planung von EE-Projekten einzubinden – vielleicht sogar spielerisch. Tatsächlich existieren solche Tools schon, auch wenn sie noch stärker genutzt werden könnten.

Eine Blaupause liefert z. B. das Projekt „Vision:En 2040 – Unsere Ideen, unsere Energiewende“, das gemeinsam von der Leibniz Universität Hannover, der Klimaschutzagentur Region Hannover und dem Softwareunternehmen IP Syscon entwickelt wurde.¹⁵ Das digitale Tool wird in moderierten Veranstaltungen in Niedersachsen eingesetzt, um Dialogprozesse und einen sachlichen Austausch auf kommunaler Ebene zu ermöglichen. Anhand einfacher Kartengrundlagen und Angaben zu Ausschlussflächen (z. B. für den Naturschutz) sind Potenziale und Hindernisse schnell nachzuvollziehen. Auf interaktiven Karten können Nutzer*innen mithilfe von Touchscreens Windräder sowie Photovoltaikanlagen auf Frei- und Dachflächen platzieren. Angezeigt wird, welche Flächen dafür besonders geeignet (grün), bedingt geeignet (gelb), nicht geeignet (orange) oder ausgeschlossen (rot) sind. Zudem wird berechnet, wie viel Energie mit den simulierten Anlagen vor Ort erzeugt werden könnte und ob damit der Zielstromertrag erreicht wird, den die Kommune beitragen müsste, um das bundesweite Gesamtziel zu erfüllen.

Kommunen können das Tool nutzen, um Bürger*innen aktiv in die Flächenauswahl einzubeziehen. Das Veranstaltungsformat von Vision:En 2040 schafft Transparenz, erleichtert das Verständnis für Planungsprozesse und eröffnet Räume für den Austausch und die Aushandlung möglicher Konfliktlinien. Die Ergebnisse aus

solchen Planungs-Workshops werden an die Kommunalpolitik übergeben und führen häufig zu Anpassungen in Flächennutzungs- und Bebauungsplänen. Erste Erfahrungswerte zeigen: Statt pauschaler Ablehnung wählen Bürger*innen Standorte meist pragmatisch und konstruktiv aus.

„Digital ist besser“ heißt ein Lied der Band Tocotronic. Ob das in puncto Nachhaltigkeit immer stimmt – siehe CO₂-Ausstoß und Ressourcenverbrauch – ist zumindest fraglich. Aber um die Flächenauswahl für erneuerbare Energien transparenter, nachvollziehbarer und partizipativer zu gestalten, gibt es zweifellos ein großes ungenutztes Potenzial. Wir vom Zukunftswerk plädieren deshalb für eine flächendeckende Einführung solcher digitaler Dialog-instrumente und ihre Verknüpfung mit gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligungsverfahren. Allerdings: Auch das innovative Dialogtool von Vision:En 2040 ist auf eine gute moderative Begleitung vor Ort angewiesen. Zwar wird über einen wissenschaftlich kuratierten KI-Chatbot nachgedacht. Dennoch bleibt das Tool in einen Aushandlungsprozess eingebettet, der für gelingende Beteiligung entscheidend

[14] Colell, Arwen/Knodt, Michèle/Stoll, Patricia/Kemmerzell, Jörg/Reitz, Sybille/Gohsen, Lauren/Ohlhorst, Dörte (2022): Konflikte und Akteure – Gesellschaftliche Herausforderungen bei der Umsetzung der Stromwende. Ariadne-Hintergrund. https://ariadneprojekt.de/media/2022/01/Ariadne-Hintegrund_Konflikte_und_Akteure_Januar2022.pdf (28.03.2025), S. 17.

[15] Weitere Informationen dazu finden Sie unter <https://storymaps.arcgis.com/stories/a4cc981b624544e0ad41652d4f8e8efa>.

ist und natürlich eines braucht:
ausreichende personelle Ressourcen.

**Mit diesem Impulstext sowie der
zugehörigen Online-Diskussion am 28. April**

***von 16 bis 17 Uhr möchten wir gerne mit
Ihnen und Euch ins Gespräch kommen. Wir
laden Sie und Euch ganz herzlich ein, eigene
Fragen zu stellen, zu kommentieren und
mitzudiskutieren.***

Das Online-Gespräch wird via Zoom stattfinden. Bitte melden Sie sich mit einem Klick auf den Button im Newsletter oder per E-Mail an streitundstruntz.konfliktberatung@vfb-saw.de zum Online-Gespräch an. Die Zugangsdaten zur Zoom-Veranstaltung werden kurz vor Veranstaltungsbeginn per E-Mail an alle angemeldeten Personen verschickt.

Das K3B - Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung

... bietet Städten, Gemeinden und Landkreisen Unterstützung bei der Bearbeitung von akuten oder latenten Konflikten an. Der methodische Ansatz der Kommunalen Konfliktberatung sieht ein allparteiliches, ressourcenorientiertes und auf Wirksamkeit und Nachhaltigkeit ausgerichtetes Vorgehen vor.

Weitere Informationen: www.k3b-saw.de



Gefördert durch:



Bundesministerium
des Innern
und für Heimat



Kofinanziert von der
Europäischen Union

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages



Landespräventionsrat
Thüringen



Bündnis für Brandenburg
...weil es um Menschen geht!

Gefördert mit Mitteln des Bündnisses für Brandenburg

Ministerium für Kinder, Jugend, Familie,
Gleichstellung, Flucht und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen



Diese Maßnahme wird mitfinanziert mit Steuermitteln auf Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.

Gefördert durch

WELTOFFENES
SACHSEN

STAATSMINISTERIUM FÜR SOZIALES
UND GESELLSCHAFTLICHEN
ZUSAMMENHALT

Freistaat
SACHSEN



SACHSEN-ANHALT
Ministerium für
Arbeit, Soziales, Gesundheit
und Gleichstellung

Gefördert im Rahmen des Landesprogramms



#WIRSINDDASLAND
DEMOKRATIE. VIELFALT. WELTOFFENHEIT.
IN SACHSEN-ANHALT

Sie können unsere Arbeit gerne mit einer Spende unterstützen. Bitte geben Sie hierfür den Verwendungszweck „Kompetenzzentrum KKB“ oder "K3B" an.

Spendenkonto:

Verein zur Förderung der Bildung – VFB Salzwedel e.V

IBAN: DE39 8105 5555 3000 0115 19

BIC: NOLADE21SAW

Sparkasse Altmark West

Spenden sind steuerlich absetzbar. Um eine Spendenquittung zu erhalten, geben Sie bitte Ihre Anschrift an.

K3B - Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des VFB Salzwedel e.V.
Breite Straße 34, 29410 Salzwedel

03901-3089136

streitundstruntz.konfliktberatung@vfb-saw.de

www.k3b-saw.de